

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 47 | 20.11.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 116/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über besondere Förderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (**KMU-Förderungsgesetz**) geändert wird (Ergänzung, mit der Förderungsmaßnahmen iZm der COVID-19-Krisensituation zugunsten von Veranstaltungen und Kongressen unabhängig von der Unternehmensgröße des Veranstalters ergriffen werden können)

[BGBl I 117/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Kennzeichnung von Schusswaffen und wesentlichen Bestandteilen von Schusswaffen (**Schusswaffenkennzeichnungsgesetz – SchKG**) erlassen und das **EU-Polizeikooperationsgesetz** geändert wird (weitgehende Änderungen in Bezug auf die Kategorisierung von Schusswaffen; umfassende Kennzeichnungspflicht von Schusswaffen und wesentlichen Bestandteilen von Schusswaffen; Ziel ist die Bekämpfung der missbräuchlichen Verwendung von Schusswaffen für kriminelle Zwecke)

[BGBl I 118/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 5 Abs. 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991, einer Zeichen- und Wortfolge in § 5 Abs. 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991** und des **§ 6 Abs. 2 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 119/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 33 Abs. 3 erster Satz des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 478/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

[BGBl II 479/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (**COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV**)

[BGBl II 480/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die technischen Spezifikationen für die Kennzeichnung von Schusswaffen und wesentlichen Bestandteilen von Schusswaffen (**Schusswaffenkennzeichnungsverordnung – SchKV**)

[BGBl II 484/2020](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 2020**, dass § 10 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden, [BGBl. II Nr. 197/2020](#), gesetzwidrig war

[BGBl II 485/2020](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 2020**, dass § 6 Abs. 1 und 4 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), [BGBl. II Nr. 197/2020](#), idF [BGBl. II Nr. 207/2020](#) als gesetzwidrig aufgehoben wird und dass § 6 Abs. 5 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), [BGBl. II Nr. 197/2020](#), idF [BGBl. II Nr. 231/2020](#) gesetzwidrig war

[BGBl II 486/2020](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 2020**, dass § 3 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, [BGBl. II Nr. 96/2020](#), idF [BGBl. II Nr. 130/2020](#) gesetzwidrig war

[BGBl II 487/2020](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 2020**, dass das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs. 1 Z 12 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, [BGBl. II Nr. 96/2020](#), idF [BGBl. II Nr. 151/2020](#), gesetzwidrig war

[BGBl II 488/2020](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 2020**, dass § 6 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden, [BGBl. II Nr. 197/2020](#), gesetzwidrig war

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 380 v 13.11.2020, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2020/1672 des **Berichtigungshaushaltsplans** Nr 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020

[ABI L 381 v 13.11.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1693 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11 November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/848 über die **ökologische/biologische Produktion** und die **Kenzeichnung** von **ökologischen/biologischen Erzeugnissen** hinsichtlich ihres Geltungsbeginns und bestimmter anderer in der genannten Verordnung angegebener Daten (Text von Bedeutung für den EWR)

[ABI L 381 v 13.11.2020, 4](#)

Verordnung (EU) 2020/1694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11 November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 168/2013 hinsichtlich besonderer Maßnahmen für **Fahrzeuge der Klasse L** aus einer auslaufenden Serie als Antwort auf die **COVID-19-Pandemie** (Text von Bedeutung für den EWR)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2020, [A 24/2020](#)

GlücksspielG; Stattgabe einer Klage gegen den Bund auf **Ersatz der Prozesskosten** wegen einer Strafe nach dem Glücksspielgesetz; Zuspruch der (notwendigen) Kosten für einen Schriftsatz an den VfGH

01.10.2020, [G 259/2019](#)

Stmk Landes-StraßenverwaltungsG; Verfassungswidrigkeit der Legaldefinition des Stmk Landes-StraßenverwaltungsG betreffend **öffentliche Interessentenwege**; unsachlicher Wertungswiderspruch zum System des Stmk Landes-StraßenverwaltungsG durch Erklärung von öffentlichen Interessentenwegen zu Straßen, die nicht überwiegend für den lokalen Verkehr von Bedeutung sind, für einen unbegrenzten Personenkreis; Verstoß gegen die Schranken der **Gemeindeautonomie** durch Erweiterung des Personenkreises und Entfall der Wortfolge „von örtlicher Bedeutung“ für Verkehrsflächen der Gemeinde

06.10.2020, [G 178/2020](#) (Anlassfall [E 817/2019](#))

VwGVG; Aufhebung von Teilen einer Bestimmung des VwGVG betreffend die **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**; Verstoß gegen rechtsstaatliches Gebot der Effektivität des Rechtsschutzes durch die Pflicht der Partei selbst zu erforschen, wo eine Beschwerde anhängig ist, mangels Verständigung- bzw Auskunftspflicht der Behörde gegenüber der Partei

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.09.2020; [Ra 2020/21/0112](#)

BFA VerfahrensG; StGB; MRK; lebt ein Fremder seit seinem achten Lebensjahr im Bundesgebiet, hat dieser eine österreichische Lebensgefährtin und mit dieser ein gemeinsames Kind bedürfte es in Bezug auf die **Interessenabwägung** nach § 9 BFA-VerfahrensG, um dennoch die Erlassung eines **Aufenthaltsverbots** rechtfertigen zu können, einer besonders massiven vom Fremden ausgehenden Gefahr, was nicht allein aus der Verurteilung zu einer bedingten Freiheitsstrafe nach den §§ 278a und 278b StGB abgeleitet werden kann, sondern fallbezogen sowohl die Verschaffung eines persönlichen Eindrucks als auch nähere Feststellungen zum tatsächlichen Gefährdungspotential des Fremden erfordert

09.10.2020; [Ra 2020/03/0101](#)

SchiffahrtsG; ZustellG; unterbliebene **Erkundigungen des Rw** über den Stand des Verfahrens nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub führen nicht dazu, dass allein deshalb von einer rechtswirksamen Zustellung der Zulassungsurkunde ausgegangen werden könnte; sie erübrigen daher auch nicht die Klärung der Voraussetzungen für die rechtmäßige Zustellung des Zulassungsbescheids

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Bgld 15.10.2020, [S UA1/08/2020.001/009](#)

Bgld LVwGG; eine teilweise Zurückweisung eines Antrags auf **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** ist rechtswidrig

LVwG Vbg 02.11.2020, [LVwG-302-9/2019-R18](#)

Vbg RaumplanungsG; stellt ein Geräteschuppen optisch eine Einheit mit dem Hauptgebäude dar und ist er aufgrund des direkten Anbaus an das Hauptgebäude nicht als isoliert stehendes Bauwerk zu beurteilen, so ist eine **Kleinräumigkeit** des Geräteschuppens iSd § 22 Abs 2 lit a Vbg RaumplanungsG nicht gegeben

LVwG Vbg 11.11.2020, [LVwG-1-442/2020-R5](#)

Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG; VStG; für das Delikt der Unterentlohnung wird in § 7i Abs 7 dritter Satz Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG generell eine Fünfjahresfrist für die **Strafbarkeitsverjährung** festgelegt; der dritte Satz des Abs 7 leg cit bezieht sich mit der Wendung „in diesen Fällen“ nicht nur auf den unmittelbar vorangehenden Satz, sondern auf beide vorangehenden Sätze

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.11.2020, Rs C-77/19, Kaplan International colleges UK](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst f – Befreiung von **Dienstleistungen von selbständigen Zusammenschlüssen** von Personen an ihre Mitglieder – Anwendbarkeit auf Mehrwertsteuergruppen – Art 11 – Mehrwertsteuergruppe

[18.11.2020, Rs C-147/19, Atresmedia Corporación de Medios de Comunicación](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Dem Urheberrecht verwandte Schutzrechte – Richtlinie 92/100/EWG – Art 8 Abs 2 – Richtlinie 2006/115/EG – Art 8 Abs 2 – **Öffentliche Wiedergabe eines audiovisuellen Werks**, in das ein Tonträger oder ein Vervielfältigungsstück eines Tonträgers eingefügt wurde – Einzige angemessene Vergütung

[18.11.2020, Rs C-299/19, Techbau](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr – Richtlinie 2000/35/EG – Begriff ‚Geschäftsverkehr‘ – Begriffe ‚Lieferung von Gütern‘ und ‚Erbringung von Dienstleistungen‘ – Art 1 und Art 2 Nr 1 Abs 1 – Öffentlicher Bauauftrag

[18.11.2020, Rs C-371/19, Kommission/ Deutschland \(Remboursement de TVA – Factures\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 170 und Art 171 Abs 1 – Erstattung der Mehrwertsteuer an Steuerpflichtige, die nicht in dem Mitgliedstaat, in dem sie die **Gegenstände und Dienstleistungen** erwerben oder mit der **Mehrwertsteuer** belastete Gegenstände einführen, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind – Richtlinie 2008/9/EG – Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer – Art 9 und 10 – Art 15 Abs 1 – Art 20 – Keine Kopie der Rechnung oder des Einfuhrdokuments – Systematische Zurückweisung unvollständiger Erstattungsanträge – Weigerung, nach Ablauf der Frist für die Einreichung eines Antrags den Steuerpflichtigen aufzufordern, seinen Antrag zu vervollständigen – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Zulässigkeit

[18.11.2020, Rs C-463/19, Syndicat CFTC](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2006/54/EG – Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Art 14 und 28 – **Nationaler Tarifvertrag**, der den Arbeitnehmerinnen, die ihr Kind selbst erziehen, einen Anspruch auf Urlaub im Anschluss an den gesetzlichen Mutterschaftsurlaub gewährt – Kein solcher Urlaubsanspruch für männliche Arbeitnehmer – Schutz der Arbeitnehmerin sowohl hinsichtlich der Folgen der Schwangerschaft als auch hinsichtlich ihrer Mutterschaft – Anwendungsvoraussetzungen

[18.11.2020, Rs C-519/19, DelayFix](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Luftbeförderungsvertrag – **Gerichtsstandsklausel**, die der Fluggast in seiner Eigenschaft als Verbraucher vertraglich vereinbart hat – **Forderung des Fluggasts gegen die Fluggesellschaft** – Abtretung dieser Forderung an eine Inkassogesellschaft – Möglichkeit für die Fluggesellschaft, sich gegenüber der Gesellschaft, an die der Fluggast seine Forderung abgetreten hat, auf die Gerichtsstandsklausel zu berufen – Richtlinie 93/13/EWG

[19.11.2020, Rs C-663/18, B S und C A \[Commercialisation du cannabidiol \(CBD\)\]](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Warenverkehr – Gemeinsame Marktorganisation für Faserflachs und -hanf – Ausnahmen – **Schutz der öffentlichen Gesundheit** – Nationale Rechtsvorschriften, die die industrielle Nutzung und die Vermarktung von Hanf auf Fasern und Samen beschränken – Cannabidiol (CBD)

[19.11.2020, Rs C-93/19 P, EAD/ Hebberecht](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) – Politik der Rotation der Beamten – Stelle der Leiterin der **Delegation der Europäischen Union in Äthiopien** – Entscheidung, mit der die Verlängerung der dienstlichen Verwendung auf dieser Stelle abgelehnt wird – Dienstliches Interesse – Grundsatz der Gleichbehandlung – Positive Diskriminierung des unterrepräsentierten Geschlechts – Art 1d des Statuts der Beamten der Europäischen Union

[19.11.2020, Rs C-238/19, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge \(\) und asile\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asylpolitik – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen für die **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** – **Verweigerung des Militärdienstes** – Art 9 Abs 2 Buchst e – Recht des Herkunftslandes, das das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht vorsieht – Schutz der Personen, die nach dem Ablauf einer Frist zur Aussetzung des Militärdienstes aus ihrem Herkunftsland geflohen sind – Art 9 Abs 3 – Verknüpfung zwischen den in Art 10 dieser Richtlinie genannten Gründen und der Strafverfolgung und Bestrafung im Sinne von Art 9 Abs 2 Buchst e dieser Richtlinie – Beweis

[19.11.2020, Rs C-454/19, Staatsanwaltschaft Heilbronn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2006/54/EG – Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Art 14 und 28 – Nationaler Tarifvertrag, der den Arbeitnehmerinnen, die ihr Kind selbst erziehen, einen **Anspruch auf Urlaub** im Anschluss an den gesetzlichen **Mutterschaftsurlaub** gewährt –

Kein solcher Urlaubsanspruch für männliche Arbeitnehmer – Schutz der Arbeitnehmerin sowohl hinsichtlich der Folgen der Schwangerschaft als auch hinsichtlich ihrer Mutterschaft – Anwendungsvoraussetzungen

19.11.2020, Rs C-775/19, 5th AVENUE Products Trading

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 29 Abs 1 und Abs 3 Buchst a – Art 32 Abs 1 Buchst c und Abs 5 Buchst b – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 157 Abs 2 – Ermittlung des Zollwerts – **Transaktionswert der eingeführten Waren** – Begriff ‚Bedingung des Kaufgeschäfts‘ – Zahlung als Gegenleistung für die Einräumung eines Alleinvertriebsrechts

B. SCHLUSSANTRÄGE

18.11.2020, Rs C-544/19, ECOTEX BULGARIA (GA De la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Artikel 63 AEUV – Freier Kapital- und Zahlungsverkehr – Richtlinie (EU) 2015/849 – Staat, der kein Mitgliedstaat der Eurozone ist – **Nationale Vorschriften**, die es verbieten, im Inland Barzahlungen in Höhe eines Betrags zu tätigen, der einem festgesetzten Schwellenwert entspricht oder diesen übersteigt, und verlangen, eine Überweisung oder eine Einzahlung auf ein Zahlungskonto vorzunehmen – **Ausschüttung von Dividenden** eines Unternehmens an einen Aktionär oder einen Teilhaber in Form einer Barauszahlung, die den in den nationalen Vorschriften festgesetzten Schwellenwert übersteigt – Verhängung einer Verwaltungsanktion strafrechtlicher Natur – Vereinbarkeit der nationalen Vorschriften mit dem Unionsrecht – Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung – Verhältnismäßigkeit

19.11.2020, Rs C-388/19, Autoridade Tributária e Aduaneira (Impôt sur les plus-values immobilières) (GA Hogan)

Vorlageentscheidung – Art 63 and 65 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Anzuwendende Kriterien – Grundsatz der Nichtdiskriminierung – Steuervorschriften – **Steuer auf Veräußerungsgewinne aus Immobilien** – Gebietsansässige und Gebietsfremde – Vergleichbarkeit der Situationen – Höhere Steuerbelastung für Gebietsfremde – Begriff der Gleichbehandlung – Möglichkeit für Gebietsfremde, die für Gebietsansässige anwendbare Regelung zu wählen

19.11.2020, Rs C-480/19, Veronsaajien oikeudenvallontayksikkö (Revenus versés par des OPCVM) (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Steuergesetzgebung – Einkommensteuer – Gewinne, die an eine in einem Mitgliedstaat ansässige Privatperson von einem in einem anderen Mitgliedstaat der Union ansässigen, in Satzungsform gegründeten Organismus für gemeinsame Anlagen ausgeschüttet werden – **Ungleichbehandlung von Gewinnanteilen**, die von in Vertragsform gegründeten Organismen für gemeinsame Anlagen [OGAW] ausgeschüttet werden, und Dividenden, die von in Satzungsform gegründeten Organismen für gemeinsame Anlagen ausgeschüttet werden – Fehlende Möglichkeit für gebietsansässige Organismen für gemeinsame Anlagen, in Satzungsform gegründet zu werden

19.11.2020, Rs C-504/19, Banco de Portugal u.a. (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Bankenaufsicht – Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten – Richtlinie 2001/24/EG – Sanierungsmaßnahme einer Behörde des Herkunftsmitgliedstaats eines Kreditinstituts – Übertragung von Rechten, Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten auf ein Brückeninstitut – Rückübertragung auf das in Abwicklung befindliche Kreditinstitut – Art 3 Abs 2 – **Wirkung einer Sanierungsmaßnahme in anderen Mitgliedstaaten** – Art 32 – Wirkungen einer Sanierungsmaßnahme auf einen anhängigen Rechtsstreit – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Effektivität des Rechtsschutzes – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Richtlinie 2014/59/EU – Zeitliche Anwendbarkeit

19.11.2020, Rs C-505/19, Bundesrepublik Deutschland (Notice rouge d'Interpol) (GA Bobek)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Red Notice der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) – Art 54 des Übereinkommens zur **Durchführung des Übereinkommens von Schengen** – Art 50 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Ne bis in idem – Art 21 AEUV – Freier Personenverkehr – Richtlinie (EU) 2016/680 – Verarbeitung personenbezogener Daten

[19.11.2020, Rs C-511/19, Olympiako Athlitiko Kentro Athinon \(GA De la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Grundsatz der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Verbot der Diskriminierung wegen des Alters** – Bis zur Kündigung ihres Arbeitsvertrags in eine Arbeitskräfte-reserve versetzte Beschäftigte des öffentlichen Sektors – Mit der Erfüllung der Voraussetzungen für den Bezug einer vollen Altersrente durch den Arbeitnehmer endendes Arbeitsverhältnis – Art 6 Abs 1 – Senkung der Lohn- und Gehaltskosten des öffentlichen Sektors – Legitimes Ziel der Beschäftigungspolitik – Wirtschafts- und Finanzkrise

[19.11.2020, Rs C-900/19, One Voice und Ligue pour la protection des oiseaux \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – Richtlinie 2009/147 – **Erhaltung der wildlebenden Vogelarten** – Genehmigung einer traditionellen Jagdmethode – Vernünftige Nutzung – Alternativen – Selektivität – Fangmethode, die zu Beifängen führen kann – Verwendung von Leimruten zum Fang von Drosseln und Amseln

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

19.11.2020, Beschwerde Nr [24173/18](#), *Müller / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens und der Korrespondenz); Verwaltungsstrafe für Weigerung des Anwalts, als Zeuge in Bezug auf Informationen aus beruflicher Tätigkeit auszusagen; Verzicht auf Anwaltsgeheimnis durch Geschäftsführer des Unternehmens, deshalb kein Recht nicht auszusagen; keine übermäßige Sanktion

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.